

Schwerpunkt:
Der Weg zur Lösung

Ausgabe 5 / August 2013

Wie ist es zum Lösungsprozess in der kurdischen Frage gekommen?

Vom gescheiterten Oslo-Imrali-Prozess zur Neuaufnahme der Verhandlungen – Ein Rückblick

Das Scheitern des Oslo-Imrali-Prozesses im Jahr 2011 erweckte innerhalb der kurdischen Gesellschaft und der Öffentlichkeit den Eindruck, dass nun die Möglichkeit auf eine friedliche Lösung in der kurdischen Frage in weite Ferne gerückt sei. Die darauffolgende Totalisolation des inhaftierten PKK Vorsitzenden Abdullah Öcalan bestätigte nicht nur diesen Eindruck, sondern sorgte in dem Konflikt für verhärtete Fronten. Ohnehin hatte die türkische Regierung seit April 2009 mit den KCK-Festnahmewellen dem zivil-politischen Bereich der kurdischen Bewegung den Krieg erklärt. Knapp 10.000 kurdische AktivistInnen wurden so allein unter dem Vorwurf der „KCK-Mitgliedschaft" inhaftiert. Hinzu kamen tausende von politischen AktivistInnen, die ins Ausland fliehen mussten, um ihrem Haftbefehl zu entgehen.

Das letzte Vertrauen innerhalb der kurdischen Gesellschaft in die AKP-Regierung wurde dadurch verspielt, dass diese sowohl für den Abbruch des Oslo-Imrali-Prozesses als auch für die anschließende Eskalation des Konflikts verantwortlich war. Vor diesem Hintergrund hat die kurdische Bewegung auch ihre Position neu bestimmt. Die Folge war, dass die kurdischen Guerillakräfte im Jahr 2012 ihren Aktionsradius erstmals in einem Maße erhöhten, wie sie es zuletzt in der Hochphase der bewaffneten Auseinandersetzungen in den 90er Jahren getan hatten. Es wurden ganze Gebirgsstriche unter die Kontrolle der Guerillakräfte gebracht. Die Reaktion der türkischen Regierung bestand darin, diesen Zustand schlichtweg zu ignorieren. Damit auch die Öffentlichkeit möglichst nichts davon mitbekommt,

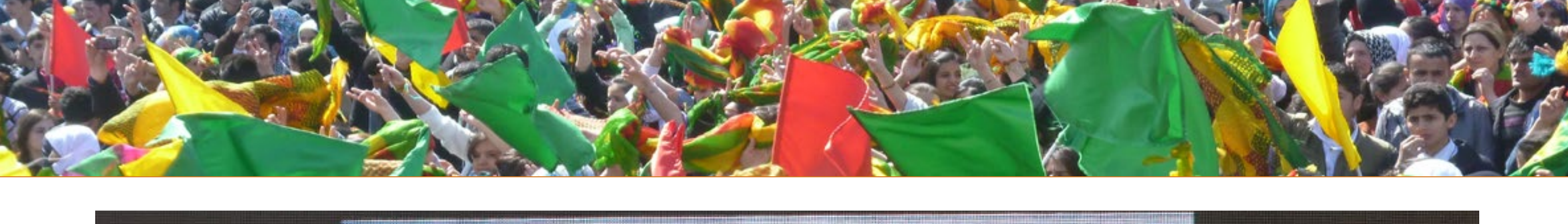
Editorial

Liebe LeserInnen,

mit dieser Ausgabe der Infoblätter möchten wir Sie über die Entwicklungen und Hintergründe des derzeitigen Lösungsprozesses der kurdischen Frage in der Türkei informieren.
Wie ist es zu den erneuten Friedensgesprächen gekommen? Welche Schritte müssen für eine Lösung der Frage getan werden? Und welche Rolle kommt Europa bei einem möglichen Lösungsprozess in der kurdischen Frage zu? All diesen Fragen wollen wir uns in der vorliegenden Ausgabe der Infoblätter widmen.
Sowohl der große Gefängnishungerstreik Ende letzten Jahres (Thema der ersten Ausgabe der Infoblätter), als auch die Gespräche auf Imrali, die den Weg für den gegenwärtigen Lösungsprozess geebnet haben (Thema der dritten Ausgabe der Infoblätter), stehen in direkter Verbindung mit dem aktuellen Prozess. Wer also die Entwicklungen zurückverfolgen möchte, für den lohnt es sich, ein Blick auf die älteren Ausgaben der Infoblätter zu werfen.



Fast zwei Millionen Menschen verfolgen an Newroz in Amed die historische Erklärung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan





Die Abgeordneten Pervin Buldan und Sırrı Süreyya Önder teilen die Message Abdullah Öcalans am 21. März in Amed mit der Öffentlichkeit.

verhängte die AKP eine Nachrichtensperre für diese Gebiete.

Da die Totalisolation Öcalans auf der Gefängnisinsel Imrali weiter anhielt, wurde im September 2012 der Widerstand auch in die Gefängnisse der Türkei getragen. Am 12.September des Jahres, dem Jahrestag des Militärputsches von 1980, begannen zunächst 53 kurdische Gefangene einen unbefristeten Hungerstreik. Ihre Forderungen lauteten: Freilassung Abdullah Öcalans und Aufhebung staatlicher Verbote bezüglich der kurdischen Sprache. Binnen kürzester Zeit weitete sich dieser Hungerstreik auf Gefängnisse in der gesamten Türkei aus, bis sich zuletzt etwa 10.000 Gefangene der Aktion angeschlossen hatten. Doch die AKP-Regierung blieb stur und trotz auch internationaler Resonanz stießen die Forderungen der Hungerstreikenden auf taube Ohren. Im November bahnte sich eine Katastrophe für die Türkei an. Die türkische Ärztekammer rief die Regierung dazu auf, endlich zu handeln. Anderenfalls würden in den kommenden Tagen und Wochen vermutlich viele hungerstreikende Gefangene sterben. Um diese Katastrophe abzuwenden, wurde jedoch nicht von Ankara, sondern von Imrali interveniert. Überraschenderweise durfte der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan Besuch von seinem Bruder

Der „Oslo-Imrali-Prozess“ 2009-2011

Als „Oslo-Imrali-Prozess“ werden die ersten direkten Gespräche zwischen türkischen Staatsvertretern, angeführt vom heutigen Direktor des nationalen Nachrichtendienstes MİT Hakan Fidan, mit Abdullah Öcalan auf Imrali und hochrangigen PKK-Funktionären in der norwegischen Hauptstadt Oslo bezeichnet. Herzstück und Arbeitsgrundlage dieses im 2009 begonnen Dialogprozesses bildete die von Abdullah Öcalan verfasste „Roadmap für Verhandlungen“, in der er die theoretischen Grundlagen und konkrete Schritte für eine Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage skizziert hatte. Einige zentrale Vorschläge wie die Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, die Schaffung eines Komitees zur Erarbeitung einer demokratischen Verfassung und konkrete Abläufe für den Rückzug der PKK und ihre anschließende Entwaffnung wurden in Protokollen festgehalten, auf die sich alle Beteiligten einigten. Anstatt diese Vorschläge konkret umzusetzen, wurde der Prozess nach der gewonnen Parlamentswahl der AKP im Juni 2011 von Seiten der türkischen Regierung abgebrochen und es folgten massive Militäroperationen innerhalb und außerhalb der Türkei sowie eine neue Welle von Massenverhaftungen gegen die politische Opposition, besonders gegen Mitglieder und Unterstützer der pro-kurdischen Partei BDP. Die Isolationshaft gegen Abdullah Öcalan wurde zudem noch weiter verschärft. Seit dem 27. Juli 2011, also seit mehr als zwei Jahren, verwehrt die Regierung den AnwältInnen Öcalans willkürlich und mit immer gleichlautenden Ausreden („Fähre defekt“, „schlechte Wetterbedingungen“) den wöchentlichen Besuch bei ihrem Mandanten.



empfangen. Über ihn rief Öcalan die Gefangenen dazu auf, ihre Aktion zu beenden. Die Gefangenen folgten diesem Aufruf und erklärten den Hungerstreik am 18. November für beendet.

Nach dem Hungerstreik wurde in der öffentlichen Debatte der Erfolg der Aktion in Frage gestellt. Was damals jedoch noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt war, war ein Brief Öcalans an die Regierung, in welchem er ihr den Rahmen für einen neuen Lösungsprozess darlegte. Aus diesem Brief und der Beendigung des Hungerstreiks durch Öcalans Aufruf geht der gegenwärtige Lösungsprozess hervor.

Die Gespräche, die dann im November zwischen Öcalan und Vertretern des türkischen Geheimdienstes begannen, führten im Januar diesen Jahres zum ersten Besuch einer Delegation von Mitgliedern der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) auf Imrali. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind acht weitere BDP-Delegationen bei Öcalan gewesen. Über diese Delegationen fand auch ein reger Briefverkehr zwischen Imrali, der PKK-Führung in den Kandil-Bergen im Nordirak und kurdischen ExilpolitikerInnen in Europa statt. Als symbolischen Akt zur Bekundung des Friedenswillens wurden schließlich Mitte März auf Vorschlag Öcalans acht türkische Soldaten, die sich in der Hand der PKK befanden, in die Freiheit entlassen.

Am 21. März, dem kurdischen Neujahrsfest Newroz, rief Öcalan schließlich in seiner Message dazu auf, ein neues Kapitel in der kurdischen Geschichte aufzuschlagen. Öcalan erklärte unter anderem: „Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik“. Er forderte die kurdischen Guerillakräfte dazu auf, sich hierzu aus dem Staatsgebiet der Türkei zurückzuziehen. Daraufhin rief der damalige KCK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayilan zunächst einen Waffenstillstand aus. Am 08. Mai folgte die Erklärung zum Rückzug durch die Volksverteidigungskräfte (HPG). Der Rückzug der Guerillakräfte wird von der kurdischen Seite als Teil eines dreistufigen Lösungsprozesses verstanden. Grob zusammengefasst stellt sich die kurdische Bewegung den Drei-Stufen-Plan wie folgt vor: In der ersten Phase beginnen die kurdischen Guerillakräfte unter der Bedingungen eines beidseitigen Waffenstillstands sich zurückzuziehen. Die zweite Phase besteht in der Verfassungsreform, Gesetzesänderungen und Demokratisierung. In der dritten Phase soll die umfassende Demokratisierung der Türkei und eine damit verbundene Normalisierung, die Waffenniederlegung und die Rückkehr der Guerilla in die Gesellschaft erfolgen *(der Drei-Stufen-Plan zur Lösung der kurdischen Frage ist Thema des nächsten Artikels)*.

Der Beginn der Guerillakräfte hat begonnen und die erste Phase des Lösungsprozesses gilt seit dem 1. Juni als abgeschlossen. Nun ist die türkische Regierung in der zweiten Stufe des Lösungsprozesses zum Handeln aufgefordert. Zwar hat sie gleich mehrfach öffentlich bekundet, dass sie sich ernsthaft der Lösung der kurdischen Frage annehmen will und dadurch große Erwartungen in der kurdischen und internationalen Öffentlichkeit geweckt. Doch in der Praxis lassen die notwendigen Schritte noch auf sich warten.

Lösungsprozess im Schatten der Gezi-Proteste

Als Anfang Juni die Proteste rund um den Gezi Park in der Türkei entbrannten, haben sich viele kritische Kreise gefragt, wie sich die kurdische Freiheitsbewegung wohl zu diesen positionieren wird. Einige Kreise spekulierten, die kurdische Bewegung werde den Aufstand nicht unterstützen, da sie den „Verhandlungspartner“ im Lösungsprozess, nämlich die AKP-Regierung, gefährden könnte. Die kurdische Freiheitsbewegung erteilte derartigen Spekulationen allerdings eine klare Absage. Solch eine Spekulation rühre aus einem falschen Verständnis des gegenwärtigen Lösungsprozesses, hieß es aus kurdischen Kreisen. Denn der Lösungsprozess wird nicht bloß als eine Verhandlungssache zwischen der AKP-Regierung und der PKK-Führung verstanden. Vielmehr wird der Lösungsprozess als ein gesellschaftlicher Prozess verstanden, an dem möglichst große Teile der Gesellschaft partizipieren sollen. So stellten die wichtigsten Forderungen der Gezi-Bewegung, wie mehr Demokratie, ein Stopp der polizeilichen Gewalt oder ein Ende der endlosen Gentrifizierungsmaßnahmen auch Forderungen dar, die von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) aufgegriffen und thematisiert werden.

Die Forderung der Gezi Proteste nach Demokratie ist ohne die Lösung der kurdischen Frage nicht denkbar, genauso wie die Lösung der kurdischen Frage ohne die Demokratisierung der Türkei nicht denkbar ist. Zugleich haben der Waffenstillstand und der Beginn des Rückzugs der kurdischen Guerillakräfte erst den Boden für eine Demokratiebewegung von solcher Tragweite, wie sie die Gezi-Proteste darstellen, ermöglicht. Wäre dies nicht der Fall, hätte es die Regierung leicht gehabt, mit dem „Terrorismus-Vorwurf“ den Protesten das Wasser abzugraben, bevor sie solch eine Dynamik angenommen hätten. Die Gezi-Proteste haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass weite Teile der Bevölkerung der Türkei nicht mehr bereit sind, alles zu akzeptieren, was ihnen die Regierung und der Staat vorschreiben. Sie will mitdiskutieren, mitentscheiden und mitgestalten. Eine Forderung, welche von den KurdInnen seit Jahren gestellt wird.

Drei-Stufen-Plan zur Lösung der kurdischen Frage

Die Roadmap Öcalans als Grundlage der Verhandlungen

Im Zuge des Oslo-Imrali-Prozesses arbeitete Abdullah Öcalan die „Roadmap für die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage" aus. Der Veröffentlichung vorangegangen war ein Diskussionsprozess innerhalb der kurdischen Gesellschaft über die Vorstellungen, wie ein Lösungsprozess aussehen könnte. Öcalan selbst hatte über seine AnwältInnen diesen Diskussionsprozess angestoßen, die Ergebnisse der Diskussionen wurden wiederum durch seine AnwältInnen an ihn herangetragen. Unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse verfasste Öcalan die Roadmap, an deren Ende er seinen Drei-Stufen-Plan vorstellte. Doch zunächst gelangte die Roadmap gar nicht an die Außenwelt. Die türkischen Behörden hielten das Dokument, das Öcalan als Eingabe an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in einem seiner dort anhängigen Beschwerdeverfahren formuliert hatte, rechtswidrig ganze 18 Monate lang zurück. So gelangte Öcalans Roadmap erst im März 2011 an die Öffentlichkeit.

Diese Roadmap aus dem Oslo-Imrali-Prozess dient in leicht modifizierter Form auch als Grundlage für den aktuellen Lösungsprozess, zumal von der türkischen Regierung keine eigene Roadmap für den Lösungsprozess vorgelegt wurde. Im Unterschied zum Oslo-Imrali-Prozess hat Öcalan in der ersten Stufe des gegenwärtigen Prozesses vor allem die kurdische Freiheitsbewegung in die Verantwortung genommen. Dadurch soll der Friedenswille der kurdischen Seite unter Beweis gestellt und den Kritikern der Verhandlungen der Wind aus den Segeln genommen werden.

Büchertip: Die Roadmap für Verhandlungen von Abdullah Öcalan

Die Roadmap ist ein außergewöhnliches Dokument. Sie bildete das Herzstück des geheimen Dialogprozesses zwischen Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat, der 2009 begann und Mitte 2011 abgebrochen wurde. Auch für alle weiteren Gespräche ist sie von zentraler Bedeutung.



Öcalan definiert hier die für den Beginn eines wirklichen Friedensprozesses nötigen Schritte. Gleichzeitig skizziert er eine echte Lösung für die kurdische Frage. Jenseits traditioneller Lösungsmodelle wie Eigenstaatlichkeit oder territorialer Autonomie zeichnet er die Vision einer demokratischen Nation und einer gemeinsamen Heimat für alle Staaten, in denen Kurden leben – ja, für den gesamten Mittleren Osten. Indem er konventionelle Argumente entkräftet, schafft er Denkanstöße für sämtliche Parteien des Konflikts.

»Die Roadmap schlägt ›eine Lösung für die kurdische Frage‹ in der Türkei vor. Doch schneidet das Buch Themen an, die viel grundsätzlicherer Natur sind und viel weiter reichen als die spezifischen geohistorischen Fragen, die es behandelt.« Immanuel Wallerstein

„Die Roadmap ist großartig, wohlüberlegt, klar und überzeugend." Hasan Hanafi

„Öcalan ist der Gramsci unserer Zeit." Tamir Bar-On

Originaltitel: Türkiye'de Demokratikleşme Sorunları, Kürdistan'da Çözüm Modellerı (Yol Haritası)
INTERNATIONAL INITIATIVE EDITION, Köln / PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, Bonn
ISBN 9783891444603 Hardcover
ISBN 9783891444610 Paperback
Preis: 9,90 € Paperback. 14,90 € Hardcover



Die Schritte für eine Lösung der kurdischen Frage sehen wie folgt aus:

1. Stufe:

- Beidseitiger Waffenstillstand
- Beginn des Rückzugs der Guerillakräfte vom türkischen Staatsgebiet
- Gründung einer Kommission der Weisen, die mit allen gesellschaftlichen Gruppen den Lösungsprozess diskutiert
- Parlamentarische Initiative im Lösungsprozess



Zwei Wochen nach Ankündigung des Rückzugs erreichte die erste Guerillagruppe die Kandilbegre

Die erste Stufe des Lösungsprozesses gilt bereits als abgeschlossen. Der wichtigste Schritt bei dieser Stufe, der Rückzug der Guerillakräfte, hat am 08. Mai offiziell begonnen. Bedenken gibt es allerdings in der Frage des beidseitigen Waffenstillstands. So erklärten die ersten Guerillagruppen, die im Zuge des Rückzugs ihr Ziel in den Kandil-Bergen erreichten, dass durch militärische Aktivitäten der Rückzug erschwert werde. An einigen Orten ist es sogar zu Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla gekommen. Trotz dieser Schwierigkeiten setzen die Guerillakräfte den Rückzug fort.

Zur Kontrolle des Rückzugs und des gesamten Lösungsprozesses wurde im türkischen Parlament eine parlamentarische Kommission gegründet. Das ist das erste Mal in der türkischen Republiksgeschichte, dass unter dem Dach des Parlaments eine Kommission einberufen worden ist, die sich speziell mit der kurdischen Frage beschäftigt. Diese Kommission besteht aus 10 Mitgliedern (9 AKP Abgeordnete und ein Abgeordneter der BDP - die Fraktionen der CHP und MHP boykottieren die Kommission). Kritisiert wird allerdings, dass die Kommission mit zu wenig Befugnissen ausgestattet ist.

Auch eine Kommission der Weisen wurde von der AKP-Regierung einberufen. Die Arbeit dieser Kommission haben wir in einem eigenen Artikel in den Infoblättern beleuchtet *(siehe Artikel S.7)*.

2. Stufe:

Da die Schritte der ersten Stufe des Lösungsprozesses eingeleitet worden sind, fordert die kurdische Seite nun die AKP-Regierung dazu auf, die vereinbarten notwendigen Schritte in der zweiten Stufe des Lösungsprozesses umzusetzen. Die Forderungen an die Regierung lauten unter anderem:

- Alle politischen Gefangenen, allen voran die kranken Gefangen, müssen aus der Haft entlassen werden.
- Die Isolationsbedingungen gegen Abdullah Öcalan müssen beendet sowie seine Möglichkeit zur Kommunikation mit der Außenwelt geschaffen werden.
- Die 10% Wahlhürde muss gesenkt und eine Demokratisierung der Wahl- und Parteigesetze eingeleitet werden.
- Statt eines wie bisher strikt zentralistisch ausgerichteten Staatsaufbaus müssen die kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen innerhalb des türkischen Staates ausgeweitet und gestärkt werden.
- Der Bau von neuen Militärstationen, Staudämmen und Wasserkraftwerken muss gestoppt werden.
- Die Pressefreiheit muss garantiert und alle inhaftierten Journalisten müssen umgehend aus der Haft entlassen werden.
- Muttersprachlicher Unterricht an Schulen muss ermöglicht und alle rechtlichen Hindernisse für die Nutzung der jeweiligen Muttersprache müssen abgeschafft werden.
- Es müssen die Bedingungen geschaffen werden, damit die mehr als vier Millionen kurdischen Binnenflüchtlinge zurück in ihre Heimat können.
- Das Dorfschützersystem muss abgeschafft werden.
- Die militärische Mobilisierung muss beendet und Soldaten, Polizisten, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge müssen aus den Militärstationen abgezogen werden.
- Die Anti-Terrorgesetze (TMK) sowie alle anti-demokratischen Gesetze aus dem türkischen Strafgesetzbuch (TCK) müssen abgeschafft werden.
- Die Weiterführung der „Staatssicherheitsgerichte“ (DGM) durch die Einberufung von Gerichten mit Sonderbefugnissen muss beendet werden.
- Der Naturzerstörung, insbesondere in Folge von Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekten, in den kurdischen und anderen Landesteilen der Türkei muss Einhalt geboten werden; die ökologische Zerstörung muss gestoppt werden.



Mit diesen und weiteren Schritten soll die Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung für die Türkei einhergehen. In dieser Verfassung sollen die Identitäten aller Gruppen in der Türkei anerkannt werden. Neben der Anerkennung der Identität soll die Organisationsfreiheit aller Gruppen garantiert werden. Wie diese neue Verfassung aussehen könnte, hat die Partei für Demokratie und Frieden (BDP) bereits in ihrem Verfassungsentwurf vorgelegt *(siehe Artikel S.18f.).*

Bisher ist die AKP-Regierung noch keiner dieser Forderungen nachgekommen. Dieser Umstand nährt die Zweifel der kurdischen Gesellschaft daran, wie ernst es die AKP-Regierung mit dem Prozess meint.

Der Ko-Exekutivratsvorsitzende der KCK Cemil Bayik forderte deshalb am 1. August die AKP-Regierung dazu auf, binnen vier Wochen offiziell darzulegen, wie sie zu den Forderungen der kurdischen Seite steht und was sie bereit ist umzusetzen. Spätestens mit der Wiedereröffnung des Parlaments nach der Sommerpause am 1. Oktober soll die AKP dann schließlich im Parlament die vereinbarten Punkte in eine rechtsverbindliche Form bringen. Mit diesem Schritt könnte die zweite Stufe zu einem Abschluss kommen und der Lösungsprozess könnte in seine letzte Etappe übergehen.

3. Stufe:

Wenn die AKP-Regierung die nötigen Schritte in der zweiten Stufe des Lösungsprozesses doch unternehmen sollte, müssen in der darauffolgenden dritten Stufe die vollständige Demokratisierung und Normalisierung der Türkei umgesetzt werden. Alle politischen Gefangenen, einschließlich Abdullah Öcalan, sollen im Zuge dieser Stufe in die Freiheit entlassen werden. Gleichzeitig soll unter internationaler Beobachtung die vollständige Waffenniederlegung der Guerillakräfte erfolgen. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass die PKK-Kräfte in die Gesellschaft zurückkehren und am öffentlichen Leben teilnehmen können. Hierzu gehört auch eine Legalisierung der KCK (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans), also des Organisierungsmodells der kurdischen Gesellschaft. Bereits im Zuge der neuen Verfassung sollte die Möglichkeit für den Aufbau von demokratisch-kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen innerhalb des türkischen Staatsgebietes garantiert werden. Auch die KCK-Strukturen sollen im Rahmen dieser Möglichkeit arbeiten können. Öcalan schlägt außerdem vor, dass nach dem Vorbild Südafrikas eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission in der Türkei gegründet wird, welche die Kriegsverbrechen aus den annähernd 30 Jahren anhaltenden Kriegszustands in Nordkurdistan aufarbeitet und aufklärt, sowie Menschen, die sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht haben, zur Rechenschaft zieht. Mit diesen Schritten soll der Grundstein für ein friedliches Miteinander der Völker in der Türkei gelegt legen.



Am 03. April besuchten die BDP-Abgeordneten Selahattin Demirtaş, Sırrı Süreyya Önder und Pervin Buldan den inhaftierten PKK- Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Am 03. Januar des Jahres durfte erstmals eine kurdische Delegation Öcalan besuchen. Mittlerweile waren insgesamt acht Mal Delegationen der BDP bei Öcalan, zuletzt am 17. Juli.



Die Gesellschaft vom Lösungsprozess überzeugen

Die Arbeit der Kommission der Weisen und die Aufgabe der Friedenskonferenzen

Bereits im Jahr 2007 schlug Abdullah Öcalan bei einer der wöchentlichen Konsultationen mit seinen AnwältInnen die Bildung einer „Kommission der Weisen“ vor. Öcalan verwies dabei auf ähnliche Konfliktsituationen wie in Irland, Südafrika und dem Kosovo und die Schlüsselrolle dieser Kommissionen bei der friedlichen Beilegung der dortigen Konflikte.

Im Rahmen des aktuellen Friedensprozesses zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Freiheitsbewegung wurde im türkischen Parlament Anfang April 2013 die von Öcalan vorgeschlagene „Kommission der Weisen“ zur Einbeziehung und der Diskussion mit verschiedenen Gesellschaftskreisen im Friedens- und Demokratisierungsprozess gegründet. Mit ihr soll versucht werden, die Bevölkerung der Türkei von der Bedeutung des Lösungsprozesses mit der PKK zu überzeugen.

Die 63-köpfige Kommission bestand aus Künstlern, Intellektuellen, Akademikern, Journalisten sowie Vertretern von Wirtschaftsvereinigungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Zusammensetzung der „Kommission der Weisen“ wurde von der kurdischen Seite sowie von progressiven Kräften in der Türkei kritisiert, da Frauen sowie AKP-kritische unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stark unterrepräsentiert waren und ihr gleich mehrere Journalisten angehörten, die Erdogans Regierungspartei AKP nahestehen.

Die „Kommission der Weisen“ wurde nach Regionen in sieben Delegationen, bestehend aus jeweils neun Personen, aufgeteilt. Knapp drei Monate lang haben diese Delegationen dutzende Versammlungen mit der Bevölkerung abgehalten und auch mit direkt vom Krieg Betroffenen gesprochenen, um die türkische Gesellschaft für die bevorstehenden Reformen im Zuge der Friedensverhandlungen mit der PKK aufzuklären und zu sensibilisieren und die durch staatliche Politik aufgebauten Vorbehalte abzubauen.

Die Gespräche der Kommissionsmitglieder mit der türkischen Bevölkerung gestalteten sich deutlich schwieriger als die mit der kurdischen Bevölkerung. In mehreren Städten wurden die Kommissionsmitglieder von faschistischen Mobs beschimpft und beleidigt. So erklärte Celalettin Can, ein Kommissionsmitglied und Delegierter für die Region Zentralanatoliens, dass auch bei türkischen Bürgern, die nicht unbedingt dem rechten Spektrum zugeordnet werden könnten,



Die Kommission der Weisen diskutiert mit der Bevölkerung von Dersim über den Löungsprozess.



Auf der Friedenskonferenz von Ankara am 25. und 26. Mai diskutierten kurdische PolitikerInnen gemeinsam mit den demokratischen Kreisen der Türkei über die notwendigen Schritte für eine nachhaltige Lösung.

der Ausblick auf die Lösung der kurdischen Frage die alte Phobie vor der „Spaltung des Vaterlandes“ auslöse. Im Hinblick darauf beschrieb Professor Doğu Ergil, ein weiteres Kommissionsmitglied, seine Arbeit in der Delegation mit folgenden Worten: „Während wir uns auf die Suche nach der Lösung der kurdischen Frage machten, wurden wir mit dem ‚türkischen Problem‘ konfrontiert.“

Nach über 200 landesweiten Treffen mit mehr als 60000 Menschen fand am 26. Juni in Istanbul das letzte Treffen der „Kommission der Weisen“ mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan statt. Die sieben Delegationen übergaben dort ihre Berichte, in denen sie die Ergebnisse ihrer Diskussionen mit der Bevölkerung und ihre Lösungsvorschläge darlegen. Diese sieben Berichte werden nun von der türkischen Regierung bewertet und zusammengefasst.

Erdogan dämpfte die Friedenshoffnungen jedoch, indem er in seiner Abschlussrede sagte, dass er auf seiner Agenda keine Reformen zur Lösung der kurdischen Frage habe, die Zehnprozenthürde nicht gesenkt, der Neubau zahlreicher Militärstützpunkte und Staudämme fortgesetzt und kein muttersprachlicher Unterricht eingeführt werde.

Friedenskonferenzen

Neben der Einberufung der „Kommission der Weisen“ für den Dialog mit der Gesellschaft durch die türkische Regierung gibt es auch von der kurdischen Seite praktische Unternehmungen den verschlossen gehaltenen Lösungsprozess zu vergesellschaften und alle Bevölkerungsgruppen und -schichten aus der gesamten Türkei zusammenzubringen, die sich von der gegenwärtigen türkischen Republik nicht vertreten sehen und aufgrund ihrer Identität Probleme mit dem System haben.

Abdullah Öcalan hatte in seiner historischen Newroz-Botschaft am 21. März vorgeschlagen, vier Konferenzen für einen demokratischen Frieden abzuhalten, die auf Initiative der kurdischen Befreiungsbewegung entwickelt und organisiert werden sollten; eine in Ankara (fand bereits am 25./26. Mai statt), eine in Europa (in Brüssel, fand am 29./30. Mai statt), eine in Amed (Diyarbakir; fand am 15./16. Juni statt) und eine in Hewlêr (Arbil, voraussichtlich Mitte August statt). Während die ersteren zwei Konferenzen mit der Zielsetzung des Dialogs zwischen den KurdInnen und anderen Volksgruppen organisiert wurden, sollen die Konferenzen in Amed und in Hewler einen Beitrag zur Konsensfindung der KurdInnen untereinander im Lösungsprozess darstellen. In den drei bereits stattgefundenen Konferenzen ist im Allgemeinen eine breite Unterstützung des Lösungsprozesses zum Ausdruck gekommen. Es kamen VertreterInnen politischer Parteien und Organisationen ethnische und religiöse Gruppen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Frauenorganisationen, Jugend- und Umweltverbände, Menschenrechtsvereine, AkademikerInnen, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und andere zusammen. All diese Gruppen arbeiteten ihre Vorstellung von einer neuen Türkei aus und formulierten ihre Forderungen an eine neue Verfassung. Neben schriftlichen Lösungsvorschlägen wurden in den Konferenzen auch Strukturen geschaffen, die zu verschiedenen Themenaspekten im gegenwärtigen Lösungsprozess arbeiten und den Prozess als Solches kritisch begleiten sollen.



Imrali - Das europäische Guantanamo

Die Isolationsbedingungen Abdullah Öcalans aufheben

Abdullah Öcalan ist Initiator des gegenwärtigen Lösungsprozesses und der wichtigste Verhandlungspartner auf der kurdischen Seite. Er genießt als PKK-Vorsitzender weiterhin das volle Vertrauen der kurdischen Freiheitsbewegung und verfügt über die Fähigkeit weite Teile der kurdischen Gesellschaft vom gegenwärtigen Prozess zu überzeugen und sie in die Diskussionen über die demokratische Lösung der Frage einzubeziehen.

Doch trotz seiner Schlüsselrolle in einem Lösungsprozess sitzt Öcalan weiterhin auf der Gefängnisinsel Imrali, seit Ende Juli 2011 unter verschärften Isolationsbedingungen. Das sind alles andere als optimale Bedingungen, um über einen Lösungsprozess mit der Türkei zu verhandeln. Deshalb erscheint es nicht verwunderlich, dass eine der Hauptforderungen der kurdischen Seite in der zweiten Stufe des Lösungsprozesses die vollständige Aufhebung der Isolationsbedingungen Öcalans ist. Für ein Voranschreiten des gegenwärtigen Prozesses wird von der türkischen Regierung erwartet, dass sie die Kommunikationswege zwischen Öcalan und den Organisationen der kurdischen Bewegung eröffnet und Bedingungen schafft, unter denen der inhaftierte PKK-Vorsitzende seiner zentralen Rolle im Friedensprozess gerecht werden kann.

Über eine Neuregelung der Haftbedingungen Öcalans wird gegenwärtig in den türkischen Medien spekuliert. So ist die Rede von acht neuen PKK-Gefangenen, die ebenfalls nach Imrali verlegt werden sollen, um Öcalan im Verhandlungsprozess zu unterstützen. Auch ist der Gesundheitszustand Öcalans derzeit ein wichtiges Thema. So hatte Öcalan beim Besuch seines Bruders auf Imrali Anfang Juli über diesen mitteilen lassen, dass er unter gesundheitlichen Problemen leide und eine Untersuchung durch eine unabhängige Ärztekommission fordere. Obwohl die Gesundheitskommission des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) und Mitglieder der Türkischen Ärztekammer (TTB) sich anboten die Untersuchung Öcalans vorzunehmen, wurde die Erlaubnis hierzu durch das türkische Justizministerium bisher nicht erteilt.

Seit seiner Festnahme im Jahr 1999 befindet sich Öcalan in Isolationshaft. Er durfte niemanden berühren, niemandem die Hand schütteln. Derartige Haftbedingungen werden als „weiße Folter“ bezeichnet. Internationale Menschenrechtsorganisationen, wie das Antifolterkomitee des Europarats (CPT), kritisierten die menschenverachtenden und menschenrechtswidrigen Haftbedingungen Öcalans scharf. Will die türkische Regierung den Lösungsprozess voranbringen, muss sie im gegenwärtigen Stadium des Prozesses die Haftbedingungen Öcalans verbessern. Mit solch einem Schritt könnte sie auch die kurdische Gesellschaft davon überzeugen, dass sie es ernst meint mit der Lösung der kurdischen Frage.



Die bisher einzigen veröffentlichten Bilder von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali stammen aus dem Jahr 1999.

Assimilationspolitik beenden

Einführung des muttersprachlichen Unterrichts

Laut verschiedener soziolinguistischer Untersuchungen der UNESCO gehört die kurdische Sprache mit ihren Dialekten Kurmanci, Zazaki, Sorani und Gorani zu den bedrohten Sprachen der Welt.

Das Verbot der kurdischen Sprache bildete seit der Gründung der türkischen Republik ein zentrales Instrument für die systematische Assimilationspolitik gegen die KurdInnen. Im Artikel 42 Abs. 2 der türkischen Verfassung heißt es: „Den türkischen Staatsbürgern darf in den Erziehungs- und Lehranstalten als Muttersprache keine andere Sprache beigebracht und gelehrt werden als Türkisch.“ Offiziell waren der Gebrauch der kurdischen Sprache an öffentlichen Plätzen und die Nutzung der kurdischen Medien bis 1991 verboten. In der Praxis müssen aber KurdInnen noch heute über ihre Schulter schauen, wenn sie kurdisch sprechen, kurdische Musik hören oder T-Shirt‘s mit kurdischen Schriften tragen. Beleidigungen, Beschimpfungen und sogar Lynchangriffe sind immer noch die Realität in vielen Regionen der Türkei.

Die Auswirkung des Verbots auf die kurdische Gesellschaft und Kultur gravierend. Eine über Jahrzehnte hinweg verbotene und verleugnete Sprache, die sich weder entwickeln noch institutionalisieren konnte, soll nach der türkischen Regierung mit einem kurdischen TV-Sender und einem Wahlfachunterricht für Kurdisch an Schulen wieder hergestellt werden. Obwohl auf kurdischer Seite seit Jahren Initiativen für die zweisprachige Bildung gestartet wurden und zahlreiche Beispiele für mehrsprachige Bildungssysteme auf internationaler Ebene existieren, weist die türkische Regierung diese Forderungen ab. Während das türkische Bildungssystem in den letzten Jahren mit untragbaren Reformen ständig auf dem Kopf gestellt wurde, wird die demokratisch legitime Forderung nach muttersprachlichem Unterricht an Schulen abgelehnt.

Um einen gerechten und dauerhaften Frieden mit der kurdischen Bevölkerung zu erlangen, ist die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts an Schulen ein unanfechtbarer Schritt. Aus kurdischer Seite sollte nicht nur die kurdische Sprache sondern auch die anderen in der Türkei gesprochenen Sprachen wie Lasisch in das türkische Bildungssystem integriert werden. Um diese Herausforderung zu bewältigen, muss eine breite Basis aus der Forschung und Lehre in den Prozess eingebunden werden. Gerade in der zweiten Phase des Friedensprozesses sollte die Regierung über eine einheitliche und umfassende Reform im Bildungsprozess diskutieren. Hierfür müssen entsprechende Maßnahmen und Regelungen mit jeweiligen Gremien, Experten und Institutionen eingeleitet werden. Die kurdischen Institute und Einrichtungen sind bereit sowohl über die schulischen, gesellschaftlichen als auch kulturellen Dimensionen der kurdischen Sprache in der Türkei ihren Beitrag zu leisten.



Kinder auf einer Kundgebung gegen das kurdische Sprachverbot in Şirnex (Şirnak); der Gebrauch der Buchstaben Q, W und X in der Türkei ist in Verbindung mit der kurdischen Sprache verboten, weil sie im kurdischen aber nicht im türkichen Alphabet auftauchen.



Den demokratischen Raum öffnen

Freilassung der politischen und kranken Gefangenen

Nach dem Erfolg der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) bei der Kommunalwahl im Frühjahr 2009 begann im Rahmen der sogenannten „KCK-Operationen" die bis dato größte Festnahmewelle gegen kurdische politische AktivistInnen. Zeitweise waren bis zu 10.000 Menschen, darunter FrauenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, Stadträte, BürgermeisterInnen und Abgeordnete in türkischen Gefängnissen inhaftiert.

Im Rahmen der zweiten Stufe des derzeitigen Lösungsprozesses fordert die kurdische Seite nun die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, allen voran der erkrankten haftunfähigen Gefangenen sowie die Einstellung der oben genannten KCK-Operationen, damit der Friedensprozess voranschreiten kann. Für eine Entwicklung der zivilen politischen Phase – anstelle des bewaffneten Kampfes – müssen diejenigen Menschen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten inhaftiert sind, sofort freigelassen werden.

Besonders die Situation der durch Krankheit haftunfähigen Gefangenen ist zurzeit besorgniserregend. Dem Menschenrechtsbericht der Menschenrechtsorganisation der Türkei IHD zufolge befinden sich gegenwärtig 411 durch Krankheit haftunfähige Gefangene, von denen 122 sich an der Schwelle zum Tod befinden, in den Gefängnissen, 108 sind akut behandlungsdürftig. Eine für eine Genesung notwendige Behandlung wird den kranken Gefangenen von der Gefängnisverwaltung verwehrt. So sind in diesem Jahr bereits mehrere KCK-Gefangene an den Folgen ihre Krankheiten in der Haft verstorben. Zuletzt war am 21. Mai Gürgin Kurt (63) an den Folgen eines Schlaganfalls im Gefängnis gestorben. Kurt litt schon lange unter Bluthochdruck und einer halbseitigen Lähmung. Er war unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation" verhaftet worden. Sein Sohn Sinan hatte nach seinem Tod erklärt, dass das Justizministerium zuvor alle Anträge auf medizinische Behandlung abgelehnt hatte.

Kampagne „Demokratie Hinter Gittern"

Weitgehend unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit hat sich die politische Situation in der Türkei vor allem in den letzten zwei Jahren in Bezug auf demokratische Standards dramatisch verschlechtert. Nachdem die über Jahre andauernde Auseinandersetzung zwischen der islamisch ausgerichteten AKP-Regierung und dem kemalistisch ausgerichteten Staatsapparat endgültig zu Gunsten der AKP entschieden ist, begibt sich die Türkei auf den Weg zu einer Ein-Parteien-Diktatur.

Am dramatischsten zeigt sich die Situation an der wachsenden Zahl politischer Gefangener, die in der Türkei wegen Meinungsäußerungen und demokratischen Engagements im Gefängnis sitzen. Vor allem betroffen ist hier die kurdische Demokratiebewegung, die seit einigen Jahren versucht, die Gesellschaft basisdemokratisch und ökologisch umzugestalten. Als Vorwand für die massive Repression wird den engagierten Personen pauschal unterstellt, Teil der PKK zu sein.

Die Kampagne Demokratie hinter Gittern fordert:

- **Die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei!**
- **Schluss mit der Repression gegen das Engagement für kommunale Selbstverwaltung, Frauen- und Menschenrechte und eine ökologische Gesellschaft!**
- **Eine politische Lösung der kurdischen Frage!**

http://demokratiehintergittern.blogsport.de/

TÜRKEI: VERHAFTET WEIL DEMOKRATIE GELEBT

Der Demokratischen Autonomie den Weg ebnen

Vom zentralistischen Nationalstaat zur kommunalen Selbstverwaltung

Im Rahmen des Friedensprozesses zwischen der Türkischen Regierung und der KurdInnen bildet die Forderung nach kommunaler Selbstverwaltung ein breites Diskussionsthema . Was aber ist damit konkret gemeint? Welches Modell wird angestrebt? Inwieweit lässt sich solch eine Forderung mit dem zentralistischen politischen System der Türkei vereinbaren?
Die Kommunale Selbstverwaltung bezeichnet die Selbstverwaltung der Verwaltungseinheiten der Kommunalebene, also der politischen Gemeinden und Städte. Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft werden im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung geregelt. Innerhalb Europas haben sich die Staaten in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung 1985 verpflichtet, eine kommunale Souveränität zu gewährleisten.

In Anlehnung auf die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung definiert die BDP vier Grundsätze der lokalen Selbstverwaltung. Bei dem angestrebten Modell handelt es sich allerdings nicht um ein Verständnis der lokalen Selbstverwaltung, welche lediglich die Verwaltung und Finanzierung der Kommunen umfasst, sondern ein politisch breit angelegtes Modell, das auf den Prinzipien einer partizipativen Demokratie aufbaut. Im Rahmen einer eigenständigen BDP Kommission zu dieser Thematik wurden in den letzten Monaten einige Ergebnisse ermittelt, die im Folgenden kurz umrissen werden:

- Anstatt eines ethnisch oder nach Boden definierten Verständnisses von Selbstbestimmung soll ein neues Verständnis der regionalen und lokalen Selbstverwaltung angestrebt werden, in der die kulturelle Vielfalt sich frei entfalten kann.

- Während die Fahne und die offizielle Sprache für die gesamte türkische Nation ihre Gültigkeit bewahrt, soll zusätzlich jede Region und Einheit mit ihren eigenen Farben und Symbolen eine demokratische Struktur aufbauen.

- Die demokratische kommunale Selbstverwaltung organisiert sich in Form von regionalen Räten. Die durch den Rat erwählten Personen werden als die regionale Ratssprecher bezeichnet. Hinzu kommt die Wahl einer Exekutivkommission innerhalb des Rates. Der Sprecher/ die Sprecherin und die Mitglieder der Exekutive in den regionalen Räten sind verantwortlich für die Beschlüsse des Parlamentes.

- Jede der Selbstverwaltungsregionen wird einen individuellen Namen der Region oder den Namen der größten Stadt innerhalb ihrer Grenzen erhalten

Diese Umstrukturierung sollte nach dem BDP Kovorsitzenden Selehattin Demirtas nicht nur die kurdischen Gebiete sondern die gesamte Türkei umfassen. „Die Türkei lässt sich in bis zu 25 verschiedenen Regionen nach sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kriterien unterteilen“, so Demirtas in einem Interview mit CNN Turk. Unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten können durch starke kommunale Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsstrukturen die Demokratisierung des Landes erlangt werden.



Die Einbindung der Bevölkerung in kommunale Rätestrukturen bildet den Grundstein der Demokratischen Autonomie. Auf dem Bild ist die Bevölkerung von Silopi bei Räteversammlung zu sehen.



Ende der militärischen Belagerung

Verringerung der Militärpräsenz – Keine neuen Militärstationen - Keine „Sicherheitsstaudämme“

In Çelê (Çukurca), einer kurdischen Grenzstadt mit rund 9000 Einwohnern, sind etwa 18 000 türkische Soldaten stationiert. In Çelê kommen nicht nur auf jeden Einwohner zwei Soldaten, sondern jedes Dorf, das an Çelê angebunden ist, verfügt über eine eigene Militärstation.

Çelê ist nur eine Stadt, die an dieser Stelle exemplarisch benannt wurde. Ähnliche Zahlen, die das Bild einer militärischen Belagerung der Region erwecken, findet man in fast allen kurdischen Städten, in denen in den letzten knapp 30 Jahren Krieg geführt worden ist. Die Anzahl der Militärstationen in Nordkurdistan wird mit der Umsetzung der aktuellen Bauprojekte in naher Zukunft bald die 1600 übersteigen. Über die Anzahl der in den kurdischen Städten stationierten türkischen Soldaten gibt es zwar keine offzielle Auskunft. Schätzungen zufolge dürfte allerdings diese Zahl bei mehr als 300.000 liegen.

Neue Militärstationen

Mit dem Beginn des Rückzugs der Guerillakräfte sollen allerdings friedlichere Zeiten in Nordkurdistan einbrechen, wozu auch eine deutliche Reduzierung der Militärpräsenz in der Region gehören sollte. Deshalb scheint es nicht weiter verwunderlich, wenn als Zeichen des Friedenswillens von der AKP-Regierung auch erwartet wird, dass keine neuen Militärstationen in den kurdischen Gebieten während des Lösungsprozesses errichtet werden. Doch laut dem BDP Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş hat die türkische Regierung den Bau von ganzen 134 neuen Militärstationen in den kurdischen Gebieten in Planung gestellt und das hierfür nötige Budget freigegeben. Die offiziellen Stellen der türkischen Regierung sprechen gar davon, dass gegenwärtig 166 neue Militärstationen in der Region errichtet werden.

Die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten stellt sich gegen diese Pläne der Regierung. Mit Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams versuchen sie den Bau von neuen Militärstationen zu unterbinden. Das türkische Militär reagiert auf diese Proteste mit einer Gewalt, die den gesamten Lösungsprozess bedroht. So schossen bei einem dieser Proteste Soldaten in Licê mit scharfer Munition auf die Zivilisten. Der 18jährige Medeni Yıldırım wurde an jenem Tag ermordet, neun weitere Demonstranten schwer verletzt.

Sicherheitsstaudämme

Auch der Menschenrechtsverein IHD weist in ihrer Zwischenbilanz zum Rückzug der kurdischen Guerillakräfte vom 20.Juli darauf hin, dass der Bau neuer Militärstation als schwerwiegendes Hindernis für den reibungslosen Verlauf des Lösungsprozesses zu verstehen ist. Als einen weiteren nicht gerade vertrauensbildenden Akt betrachtet der IHD die Inbetriebnahme von drei „Sicherheitsstaudämmen“ im türkischen Grenzgebiet. Diese Staudämme haben das Ziel den Bewegungsspielraum der kurdischen Guerillakräfte einzuschränken. Laut staatlichen Angaben sollen es insgesamt elf solcher Staudämme werden. Sie sollen sich allesamt im Länderdreieck nahe der türkischen Staatsgrenze zum Irak und zum Iran befinden. Der IHD hingegen geht von einer weitaus höheren Anzahl von „Sicherheitsstaudämmen“ aus. So werden derzeit in der Region von Şirnex (Şırnak) elf neue Staudämme gebaut, in Dersim sind es weitere vier. All diese Staudämme greifen in gefährlicher Weise in die Ökosysteme der Region ein und tragen zur Zerstörung der Natur und Artenvielfalt in den Gebieten bei.



Die Militärstation in der Stadt Dersim gleicht einer Festung. Insgesamt gibt es in Nordkurdistan bald mehr als 1600 Militärstationen.

Milizen gegen die eigene Bevölkerung

Das Dorfschützersystem auflösen

Im Rahmen der zweiten Stufe des Lösungsprozesses fordert die kurdische Seite die türkische Regierung dazu auf, das Dorfschützersystem aufzulösen. Gleichzeitig sollen die Menschen, die als Dorfschützer in der Region die türkische Armee im Kampf gegen die PKK unterstützt haben, mit Hilfe entsprechender Projekte dabei unterstützt werden, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern und neue Einkommensmöglichkeiten zu finden.

Das türkische Innenministerium spricht derzeit von 65.838 eingestellten Dorfschützern. Die tatsächliche Ziffer wird allerdings auf mehr als 80.000 geschätzt. Bisher stellt sich die türkische Regierung gegenüber der Forderung nach Auflösung des Dorfschützersystems taub. Der türkische Innenminister Muammer Güler gab an, dass die Dorfschützer im Zuge des Lösungsprozesses ihre Waffen nicht niederlegen müssen. Stattdessen wurden die Löhne der Dorfschützer erhöht und mancherorts auch ihre Zahlen aufgestockt.

Was ist ein Dorfschützer?

Mit einem Gesetz aus dem Jahr 1984 hatte das türkische Militär den Weg für die Einstellung von besoldeten Milizen im „Kampf gegen Separatismus und Terror“ geebnet. Rekrutiert wurden und werden weiterhin vor allem Mitglieder kurdischer Clans, die traditionell mit dem türkischen Staat kollaborieren. Allerdings waren ab den 90er Jahren Menschen oft auch durch wirtschaftlichen und politischen Druck dazu gezwungen, Dorfschützer zu werden. Millionen von Kurdinnen und Kurden, die sich weigerten, im Dienste des Staates als Dorfschützer gegen die PKK zu kämpfen, wurden daraufhin aus ihren Dörfern vertrieben. Auch wurde durch die Verhängung des Ausnahmezustands (OHAL) über die kurdischen Regionen Ende der 80er und in den 90er Jahre die Möglichkeit der Subsistenzwirtschaft für die Bewohner der ländlichen Gebiete Kurdistans zerstört. Das Wirken als Dorfschützer stellte somit oftmals die einzige Alternative für die ländliche Bevölkerung zur Emigration in die Vororte der Großstädte dar.

Durch die Einrichtung der Institution des Dorfschützers eröffnete sich eine ganz neue Gewaltspirale in Kurdistan. Denn ausgestattet mit Waffen und gedeckt vom türkischen Staat nahmen die Dorfschützer nicht nur am Kampf gegen die PKK teil, sondern verübten immer wieder auch Gewalttaten und Massaker an der Zivilbevölkerung. So ist das Massaker im Dorf Bilge in der Provinz Mêrdîn (Mardin) vom 04. Mai 2009 noch frisch in der Erinnerung der kurdischen Gesellschaft. An jenem Tag verübten Dorfschützer auf einer Hochzeit ein Massaker an 40 Zivilisten, darunter zahlreiche Kinder.



Seit Einführung des Dorfschützersystems im Jahr 1985 waren laut türkischem Innenministerium bislang insgesamt 130.682 Dorfschützer im Dienst des Staates.



Das kommunale Leben erneut aufbauen

Millionen Menschen warten auf Rückkehr in ihre Dörfer

Durch die jahrzehntelangen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und den Guerillakräften der PKK sind laut den Angaben der Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV über 3.500 kurdische Dörfer zerstört worden. Der Menschenrechtsverein der Türkei IHD geht von 3.246 entvölkerten Dörfern aus, während der Selbsthilfeverein der Flüchtlinge Göç-Der von rund 4.500 zerstörten Dörfern berichtet. Eine dem türkischen Parlament untergeordnete Kommission zur Untersuchung der Situation von Inlandsflüchtlingen nennt hingegen die deutliche geringere Zahl von 2.663 zerstörten Dörfern.

Auch die Zahl derer, die aus den Dörfern und den ländlichen Gebieten in Großstädte wie z.B. Istanbul, Mersin, Izmir, Adana, Amed (Diyarbakir) oder nach Europa geflüchtet sind, kann nur geschätzt werden. So spricht Göc-Der von 4,5 Millionen geflüchteten KurdInnen, wohingegen die UN von 3,5 Millionen Flüchtlingen ausgeht. Auch heute noch leben die KurdInnen, die sich in den Großstädten niedergelassen haben, in ärmlichsten Verhältnissen. Sie ließen ihr gesamtes Hab und Gut hinter sich und mussten in den Städten eine neue Existenzbasis schaffen.

Gerade im gegenwärtigen Lösungsprozess stellen sich viele Fragen in Bezug auf die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer. Doch bislang ist keine gesetzliche Grundlage von der Regierung für eine Rückkehr geschaffen worden. Hinzu kommt natürlich die Frage nach einer offiziellen Entschuldigung und Entschädigung von Seiten der türkischen Regierung an alle Opfer.

Mit der historischen Rede Abdullah Öcalans am diesjährigen Newrozfest in Amed wurde das Thema der Rückkehr in die Dörfer erneut aufgerollt. Ilyas Erdem, der Vorsitzende der Istanbuler Zweigstelle von Göc-Der, berichtet von zahlreichen Hilfsanträgen, die in den letzten Monaten eingegangen sind. Viele Familien, die bis heute nicht in ihre Dörfer zurückkehren konnten, hoffen nun auf eine baldige Rückkehr und eine harmonische Abwicklung ihrer Anliegen. Erdem betont zudem, dass das türkische Parlament bzw. die dafür zuständige Kommission zwar Untersuchungen zu den Dorfzerstörungen durchgeführt hat, aber eine Initiative zum Wiederaufbau und der Rückkehr der ehemaligen BewohnerInnen in die Dörfer ist bis heute nicht zustande gekommen. Außerdem bedeuteten die Untersuchungen leider nicht, dass mit grauenvollen Taten wie einer Dorfzerstörung und Vertreibung ein Ende gesetzt wurde. Ein Blick auf die Geschehnisse des vergangenen Jahres in Şemzînan (Şemdinli) bildet eine Brücke zum Schicksal vieler DorfbewohnerInnen der 1990er Jahre. Bei heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien mussten vier Dörfer auf Befehl des türkischen Militärs geräumt werden.

Abschließend soll hier noch angeführt werden, dass eine Rückkehr bzw. ein Wiederaufbau der zerstörten Dörfer nur möglich ist, wenn auch die folgenden Punkte beachtet werden: Erstens muss eine eingehende Säuberung von gelegten Minen in der Umgebung der zerstörten Dörfer erfolgen. Den Menschen muss Schutz und Sicherheit über ihr Leben gewährleistet werden. Zweitens muss das Dorfschützersystem beseitigt werden *(siehe Artikel auf S.14)*. Mit diesem System ist eine dunkle und traurige Seite in den historischen Geschehnissen verbunden. Stets haben die Dorfschützer das Leid der Bevölkerung verstärkt. Auch die vom Militär besetzten Ländereien für Militärposten und Kasernen müssen an die Bevölkerung zurückgegeben werden.



In den 90er Jahren wurden mehr als viertausend kurdische Dörfer durch den türkischen Staat zerstört. Auf dem Bild ist ein zerstörtes Dorf in Wan zu sehen.

Damit alle Interessen eine Repräsentanz erlangen

Wahlhürde zum Einzug ins Parlament senken

Die Demokratie geht von der Idee aus, dass nicht ein Herrscher oder eine kleine Gruppe, sondern das Volk als Ganzes sein Schicksal bestimmt und seine öffentlichen Belange betreffend Entscheidungen trifft. Dabei sollte man nicht vergessen, dass das freie Wählen zu einen der wichtigsten Aspekten gehört was einen demokratischen Staat ausmacht.

Die Türkei definiert sich als „demokratischen, laizistischen und sozialen Rechtsstaat", in dem das Volk durch die Nationalversammlung repräsentiert wird. Diese zählt 550 Mitglieder und wird für eine vierjährige Legislaturperiode gewählt. Als Wahlkreise gelten grundsätzlich die 81 Gouverneursbezirke. Damit auch jede Provinz in der Großen Türkischen Nationalversammlung vertreten ist, wird unabhängig von der Bevölkerungszahl in einem ersten Schritt jeder Provinz ein Mandat zugeteilt. Die verbleibenden 469 Mandate werden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt.

Die Regierungspartei AKP konnte in den Wahlen drei Mal hintereinander die absolute Mehrheit der Stimmen holen, zuletzt 2011 mit 49,8 Prozent. Begünstigt sind diese Wahlergebnisse von der im türkischen Recht verankerten Zehn-Prozent-Sperrklausel, welches zu einer völligen Verzerrung des Wählerwillens führt.

Denn dadurch werden alle Wählerstimmen unterdrückt, sofern die von ihnen gewählten Parteien die Zehn-Prozent-Hürde nicht überspringen konnten. In der Folge führte dies dazu, dass die AKP heute, obwohl sie nur 49,8 Prozent aller Wählerstimmen erreichte, nahezu zwei Drittel aller Parlamentssitze zugeteilt bekam.

Sperrklauseln bestehen in allen Ländern und sollen verhindern, dass die parlamentarische Arbeit durch zu viele Splitterparteien behindert oder sogar unmöglich gemacht werden. Jedoch könnte man bei solch einer hoch angesetzten Sperrklausel auf keinen Fall mehr von einem ausgewogenen Parteienspektrum sprechen, das auch nur annähernd die Meinungsvielfalt in der türkischen Bevölkerung repräsentiert. Man verwehrt dadurch kleineren Parteien mit örtlich begrenzter Wählerschaft den Zugang ins Parlament.

Antikurdische Wahlhürde

Man könnte das im Jahr 1987 verabschiedete Wahlgesetz, als eine Maßnahme sehen, die Kurden aus dem Parlament fernzuhalten. Folglich besitzt die Sperrklausel einen antikurdischen Charakter. Um diese Klausel zu umgehen, beschlossen einige Parteien wie die prokurdische Barış ve Demokrasi Partisi (BDP), ihre Kandidaten als unabhängige Kandidaten in die Wahl zu schicken und haben sich dort zu einer Fraktion zusammengeschlossen.

Zudem finanzieren sich Türkische Parteien mittlerweile zu einem überwiegenden Teil aus der staatlichen Parteienförderung. Die Staatskasse überweist Zuschüsse nach Wahlen, die sich am Wahlerfolg der Parteien orientieren. Voraussetzung ist jedoch wieder, dass die Parteien über 10% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten. Im Jahr 2013 werden insgesamt 56.716.600 Millonen Euro in die Kasse der 3 Partein AKP, CHP und MHP fließen.

Obwohl die türkische Sperrklausel zu einem Wahlergebnis führen kann, das in keiner Weise dem Wählerwillen entspricht, hat Erdogan kein Interesse daran, die Sperrklausel zu reduzieren. So hatte er zuletzt während des Treffens mit der Kommission der Weisen am 26. Juni 2013 erklärt, dass es im Rahmen des Lösungsprozesses keine Planung gibt, die Wahlhürde abzuschaffen. „Sie (die Parteien) sollen arbeiten und so die Hürde überwinden" hieß es. Jedoch ist fraglich, wie diese Parteien, ohne staatliche Parteiförderung und den damit verbundenen fehlenden Mitteln, mehr Wähler erreichen können.

Im Rahmen der Friedensgespräche gilt die zweite Etappe als die Demokratisierungsphase, in der entsprechende Gesetzesreformen sowie eine neue demokratische Verfassung ausgearbeitet und verabschiedet werden sollen. Zentrale Forderung sind Reformen beim Parteiengesetz, der innerparteilichen Demokratie und der Parteienfinanzierung sowie Neujustierungen der politischen Kultur allgemein. Dafür setzten sich die BDP und die CHP für eine Senkung der Sperrklausel aus 3 Prozent ein. Denn die Senkung der Sperrklausel ist einer der wichtigsten Schritte, um einen ausgewogenen Parteienspektrum herzustellen, das die Meinungsvielfalt in der türkischen Bevölkerung repräsentiert.

Repressionsapparat entmachten

Abschaffung der Anti-Terror-Gesetze

In ihrem Jahresbericht über die Türkei vermerkt Amnesty International, dass bei den Bemühungen, den Einschränkungen der freien Meinungsäußerung in den Medien und anderswo entgegenzutreten, kaum Fortschritte erzielt worden sind. Wer gewaltfrei abweichende Meinungen kundtut, gerade auch zu kontroversen politischen Fragen, oder wer öffentliche Amtsträger und Institutionen kritisierte, wurde häufig zur Zielschreibe strafrechtlicher Verfolgung, besonders wenn es um Fragen der Rechte von KurdInnen ging. „Anti-Terror-Gesetz" heißt das gefürchtete Instrument, unter dessen Anwendung regimekritische Menschen in der Türkei verhaftet werden. Verantwortlich für die meisten Verurteilungen sind Artikel 5 und 7 der türkischen Anti-Terror-Gesetze sowie Artikel 314 des türkischen Strafgesetzbuches. Diese Rechtsvorschriften zielen darauf ab, Personen zu bestrafen, die bewusst Propaganda im Namen einer Terroristengruppe betreiben, die mit dem Ziel andere Personen zu verletzen einer bewaffneten Organisation beitreten, und die sich gegen den Staat verschwören. Vor allem bei der Auslegung des Wortes „Terror" lässt der Gesetzgeber den politischen Verantwortlichen und den Gerichten großen Spielraum. So ist es mittlerweile Alltag geworden, dass Menschen aufgrund des Anti-Terror-Gesetzes in der Türkei ins Gefängnis müssen. Die Anklagen beziehen sich in der Regel auf Unterstützung oder Mitgliedschaft in der KCK. Die KCK gilt nach Auffassung der türkischen Justiz als ziviler Arm der PKK.

Zu kritisieren ist in jedem Fall, dass vielen Angeklagten eine Zugehörigkeit zur KCK allein aufgrund legaler politischer Aktivitäten, Meinungsäußerungen oder ihrer anwaltlichen Tätigkeit unterstellt wird. Für eine Verurteilung reicht etwa die Teilnahme an einer Demonstration oder das Rufen politischer Parolen.

Gerichte mit Sonderbefugnissen

Diese politischen „Anti-Terror-Fälle" werden in sogenannten Gerichten mit Sonderbefugnissen (türk.: „Özel Yetkili Mahkemeler") behandelt. Bei diesen Gerichten handelt es sich um inoffizielle Folgeeinrichtungen der ehemaligen „Staatssicherheitsgerichte" (DGM). Diese DGMs wurden eigentlich 2004 per Verfassungsänderung abgeschafft. Doch ihre Aufgaben und ihr Personal gingen an neu installierte, den Großen Strafkammern angegliederte, „nach Art. 250 StPO für schwere Strafen zuständige" Gerichte mit Sonderbefugnissen über.

Die Anti-Terror-Gesetze dienen der türkischen Regierung als Grundlage zur Bekämpfung jeglicher politischer Opposition. Besonders die kurdische Opposition bekam dies ab April 2009 deutlich zu spüren. So wurden infolge des Wahlerfolgs der mittlerweile verbotenen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) bei den Kommunalwahlen 2009 bis zu 10.000 politische Aktivisten im Rahmen der KCK-Operationen festgenommen. Noch immer sitzen tausende von ihnen hinter Gittern.

Im Rahmen des Lösungsprozesses wird deshalb von der türkischen Regierung nicht bloß die Haftentlassung aller politischer Gefangenen gefordert, sondern auch die Abschaffung des gesamten Konstrukts der Anti-Terror-Gesetzgebung sowie aller anti-demokratischen Gesetze des türkischen Strafgesetzbuchs.



Im Zuge der KCK-Operationen wurden ab April 2009 tausende kurdische AktivistInnen festgenommen. Davon betroffen waren auch, wie auf dem Bild zu sehen, zahlreiche kurdische BürgermeisterInnen.

„Weltweit größtes Gefängnis für JournalistInnen“

Aufhebung der Repressionen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei

Der Umgang mit den kritischen JournalistInnen rund um den Gezi-Aufstand ist exemplarisch für das Verständnis der AKP-Regierung von Presse- und Meinungsfreiheit. So teilte die Istanbuler Geschäftsstelle der JournalistInnen-Gewerkschaft der Türkei (TGS) in einer Pressemitteilung vom 22. Juli mit, dass seit Beginn des Gezi-Aufstands am 27. Mai bis heute 59 JournalistInnen ihre Arbeit verloren haben. Sie wurden entweder gefeuert oder von ihrem Arbeitgeber zur Selbstkündigung gezwungen. Sowohl die Kündigungen der Medienagenturen als auch die Selbstkündigungen stehen fast alle in direktem Zusammenhang mit der Zensur und der Desinformation der Medienpolitik während des Gezi-Aufstands. „Unsere Kollegen haben mit ihrer journalistischer Arbeit Widerstand gegen die Repressionen der AKP-Regierung und ihrer Arbeitgeber geleistet und sich für das Informationsrecht Bevölkerung eingesetzt und mit dem Verlust ihrer Arbeitsplatzes ein großes Opfer gebracht. Die Medien durchlaufen eine ihrer dunkelsten Zeiten“ sagt Gökhan Durmus der Vorsitzende des TGS Istanbul.

Die AKP-Regierung verstärkt ihre systematische Repressionsstrategie gegen die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei und zwingt die Medien zur Selbstzensur. Nicht nur seit dem „Gezi- Aufstand“, sondern direkt seit Machtantritt hat die AKP-Regierung zahlreiche Instrumente zur systematischen Kontrolle der Medien eingeführt. Vor allem mit der Novellierung des Strafgesetzbuches im Jahr 2005 und den Änderungen im „Gesetz zur Terrorismusbekämpfung“ wurde die Arbeit der kritischen JournalistInnen erheblich erschwert. Wie eng Demokratie und Medienfreiheit zusammenhängen, zeigt die „Rangliste“ der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen (ROG) jährlich veröffentlicht. Sie vergleicht die Situation der Medien in 179 Staaten und Regionen. Die Türkei ist in diesem Jahr von Platz 148 im Vorjahr auf Platz 154 abgerutscht und liegt damit hinter Staaten wie dem Irak, Russland und Afghanistan. Anfang 2012 waren in der Türkei mehr als 105 JournalistInnen inhaftiert. Nach der Freilassung von einigen JournalistInnen im Frühjahr 2013 befinden sich nach Angaben der Solidaritätsplattform mit den Inhaftierten Journalisten (TGDP) und der Europäische Journalisten-Föderation (EJF) derzeit 67 JournalistInnen in türkischen Gefängnissen. Die in New York ansässige Nichtregierungsorganisation Committee to Protect Journalists (CPJ) bezeichnet die Türkei daher auch als das „weltweit größte Gefängnis für JournalistInnen“.

Hexenjagd auf JournalistInnen

So werden insbesondere kurdische JournalistInnen unter dem Vorwurf, Mitglied einer „terroristischen Organisation“ zu sein, verhaftet. Nachrichten zu schreiben, über Missstände zu informieren oder über Massaker der Armee zu berichten, die von den gängigen Medien totgeschwiegen werden, reicht aus, um als „Terrorist“ abgestempelt und mit dem Vorwurf, „terroristische Straftaten begangen zu haben, ohne Mitglied der Terrororganisation zu sein“, verhaftet zu werden. Wegen Berichterstattungen zur kurdischen Frage wurden in den letzten drei Jahren hunderte JournalistInnen von ihren regierungstreuen ArbeitgeberInnen entlassen. Die Fälle von Nedim Sener, Nuray Mert, Hasan Cemal, Banu Güven oder Can Dündar sind hierbei nur die prominenteren Fälle. Es handelte sich hierbei nicht nur um Entlassungen der JournalistInnen, sondern faktisch um ein Berufsverbot für kritische JournalistInnen. Denn wer einmal wegen regierungskritischen Verhaltens entlassen wurde, findet kaum woanders eine Arbeitsstelle.

Mediendominanz durch Entlassung von kritischen JournalistInnen

Die Einschüchterungs- und Bestrafungsmethoden sowie die gezwungene Selbstzensur der Medienagenturen haben dazu geführt, dass die AKP-Regierung mehr als drei Viertel der türkischen Medien kontrolliert. Somit haben Oppositionsgruppen kaum eine Möglichkeit, sich in den Medien zu äußern. Gerade im Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und den KurdInnen tragen die Medien eine besonders wichtige Rolle, da sie einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf die Gesellschaft haben. Im Rahmen der zweiten Stufe des Lösungsprozesses fordert die kurdische Seite daher die AKP-Regierung auf: Die Pressefreiheit muss garantiert und alle Journalisten müssen umgehend aus der Haft entlassen werden. Der Druck auf die Medien und die damit verbundene Strategie der Einschüchterung und Züchtigung, die die Medien zu Selbstzensur zwingen, muss unterlassen werden.



Eine neue demokratische Verfassung

Verfassungsentwurf der BDP im Fokus

Den Abschluss der zweiten Stufe des demokratischen Lösungsprozesses soll eine neue Verfassung für die Türkei darstellen. Die Diskussion um eine neue Verfassung hält schon seit Jahren in der Türkei an. Wie wichtig und dringend eine Änderung der derzeit gültigen Verfassung ist, zeichnet sich allein schon durch einen Blick auf die Verfassungsgeschichte deutlich ab. Die aktuelle Verfassung stammt aus der Zeit des Militärputschs von 1980 und wurde vom Militärregime verfasst. Allein schon in den ersten Artikeln wird der undemokratische Charakter der Verfassung offensichtlich ist.

Im Rahmen der Diskussionen für eine neue Verfassung, wurde Ende des Jahres 2011 ein Verfassungs-Ausschuss gegründet, welcher sich aus jeweils drei Mitgliedern der Fraktionsgruppen zusammensetzt. Seit einiger Zeit liegen nun auch die Verfassungsentwürfe der einzelnen Fraktionen vor, die sich an vielen Stellen unterscheiden. Jede Fraktion hat ihre Schwerpunkte und Änderungen unterschiedlich festgelegt.

Die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) schlägt eine Änderung bereits für die Präambel der Verfassung vor, die mit den Worten „Wir das Volk der Türkei“ beginnt. In ihrem Entwurf fordert die BDP, dass alle Individuen und Völker dieselben fundamentalen Rechte und Freiheiten besitzen müssen. Auch die Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder wird besonders detailliert ausgeführt. So wird betont, dass es kulturelle Unterschiede zwischen den Völkern der Türkei gibt, die allerdings genauso geschützt werden müssen, wie die Rechte und Freiheiten dieser Gruppen. Eine Gesellschaft, welche die Menschenwürde schützt und mit der Natur im Einklang steht, wird angestrebt. Das Leben in dieser demokratischen Gesellschaft bedeutet, dass man miteinander leben kann und sich gegenseitig respektiert.

Der Verfassungsentwurf der BDP bricht mit dem nationalistischen und antidemokratischen Charakter der bisherigen Putsch-Verfassung der Türkei. Allein die ersten Worte der Präambel, „Volk der Türkei“ anstelle von „türkisches Vaterland und türkischer Nation“, stellt eine Distanz zum nationalistischen Charakter der Verfassung her. Die Türkei wird hier lediglich als die geographische Fläche mit den gültigen Grenzen dargestellt und alle auf diesem Gebiet lebenden Individuen sind das gemeinsame Volk der Türkei.

Eine demokratische Verfassung rundet die zweite Stufe des Lösungsprozesses ab. Wie solch eine Verfassung für die Türkei aussehen könnte, zeigt der Entwurf der BDP. Im Folgenden werden Auszüge aus diesem Verfassungsentwurf der BDP dokumentiert.



Mitglieder der fraktionsübergreifenden Kommission zur Erarbeitung einer neuen Verfassung im türkischen Parlament

ENTWURF EINE VERFASSUNG DER PARTEI FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE



EINLEITUNG

„Wir, das Volk der Türkei, tragen in uns den Glauben, dass alle Individuen und Völker universelle Menschenrechte und Freiheiten besitzen. Wir erkennen an, dass alle, gleichgültig welcher ethnischen Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung etc., ohne Unterschied gleichberechtigt sind. Wir verstehen unsere Unterschiede als Segmente unserer gesellschaftlichen Gesamtheit. Die Aufsicht über das Recht und den Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen betrachten wir als Grundaufgabe des Staates. Als ewig das Friedensideal aufrecht haltende Individuen und Gemeinschaften lehnen wir, außer im Falle der Selbstverteidigung, den Krieg sowie den Gebrauch von Gewalt gegen die Freiheiten anderer Völker ab. Unsere Vision ist der Aufbau einer demokratischen Ordnung, die die Würde des Menschen, die Unabhängigkeit der Justiz zum Ziel hat, in einer Gemeinschaft mit Menschen, die freiheitlich, gleichberechtigt, sich und die Umwelt schützend, mit der Natur im Einklang steht. Mit dieser Verfassung beurkunden und bekräftigen wir unsere Verbundenheit mit diesen Werten und unseren Willen zum gemeinsamen Leben.“

BESCHAFFENHEIT DES STAATES DER TÜRKISCHEN REPUBLIK

Artikel 1-
(1) Die Republik Türkei ist ein auf Menschenrechten basierender, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.
(2) Der Staat erkennt den Pluralismus von Ideologien, Religionen, Konfessionen und Lebensweisen an und ist neutral zum Pluralismus der Gesellschaft. Keine Ideologie, Religion, Konfession und Lebensweise darf vom Staat bevorzugt oder bevormundet werden.
(3) Die Administration des Staats wird auf den Grundlagen der dezentralen Ordnung organsiert. Das Staatsterritorium ist unantastbar.
[...]

OFFIZIELLE SPRACHE DES STAATES

Artikel 3-
(1) Die offizielle Sprache des Staates ist türkisch. Alle Staatsbürger haben die Pflicht und das Recht die offizielle Sprache zu erlernen. Andere gesprochene Muttersprachen des Volkes der Türkei können nach Entscheidung der regionalen Parlamente als offizielle, zweite Sprache gesprochen werden.
(2) Jede und jeder haben das Recht privat und in öffentlichen Institutionen neben der offiziellen Sprache die eigene Muttersprache zu sprechen.
(3) Der Staat ist dazu verpflichtet, alle Sprachen, die das gemeinsame kulturelle Erbe darstellen, zu respektieren, die Sprachen zu schützen und das Benutzen und die Weiterentwicklung der Sprachen zu gewährleisten.

HAUPTZIEL UND AUFGABEN DES STAATES

Artikel 4-
(1) Das Hauptziel und die Aufgaben des Staats sind der Schutz der Würde des Menschen, die Abschaffung aller Hindernisse, die dem Ausleben der Rechte und Freiheiten der Menschen im Wege stehen, die Schaffung notwendiger Voraussetzungen, um den Menschen die Bildung von materiellen und immateriellen Besitztümern zu ermöglichen.
(2) Der Staat ist dazu verpflichtet, den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen des Volkes zu gewährleisten, und den durch politische und kulturelle Unterschiede bedingten pluralistischen Aufbau anzuerkennen und zu unterstützen.
[...]

Konfrontation mit der Vergangenheit auf dem Weg in eine friedliche Zukunft

Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission

Eine weitere Forderung der kurdischen Seite und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen an die türkische Regierung im Rahmen des Lösungsprozesses ist die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, in Anlehnung an internationale Erfahrungen wie zum Beispiel der Konflikttransformation in Südafrika.

Wie zuvor in anderen Fällen von Friedensschlüssen ist auch in der Türkei die vollständige und gerechte Aufarbeitung der Vergangenheit für den gesellschaftlichen Ausgleich und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

Diese Kommission soll die Aufarbeitung und Verfolgung der erlebten Verbrechen befördern, die sogenannten »Morde unbekannter Täter«, die Massengräber, die »Verschwundenen« und die grausamen Folterpraktiken aufklären.

Während den jahrzehntelangen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla der PKK wurden mehr als 17.000 Morde von sogenannten unbekannten Tätern begangen. Seit den neunziger Jahren wurden überwiegend in kurdischen Städten PolitikerInnen, JournalistInnnen, BäuerInnen und politische AktivistInnen von staatlichen Todesschwadronen verschleppt, extralegal hingerichtet und viele in Massengräbern verscharrt. Der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD zufolge gibt es mindestens 3.248 Leichname in 253 verschiedenen Massengräbern. Die „Samstagsmütter“ (Cumartesi Anneleri), Angehörige der Verschwundenen, treffen sich seit Mai 1995 mit einer Unterbrechung nach 1999 jeden Samstag in mehreren Städten, um nach dem Verbleib ihrer Kinder und Angehörigen zu fragen.

Die zentrale Aufgabe der Kommission wird die Aufklärung und rechtliche Verfolgung dieser Fälle von verschwundenen Menschen und Morden unbekannter Täter sein. Voraussetzung hierfür wird die Öffnung und Untersuchung der staatlichen Archive sein. Zudem müssen auch die Unterlagen und Informationen der PKK untersucht werden. Die Massengräber müssen unter internationaler Beobachtung geöffnet und die Identitäten der Opfer durch unabhängige Kommissionen mit der Hilfe von Experten untersucht werden.

Trotz der seit Jahren andauernden Proteste tausender Menschen und der entsprechenden Forderung der BDP, des IHD, der Samstagmütter und zahlreicherer zivilgesellschaftlicher Organisationen hat die türkische Regierung bisher keine Bereitschaft zur Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission gezeigt. Doch frühere Konflikttransformationen haben gezeigt, dass ohne die vollständige und gerechte Aufarbeitung der Vergangenheit ein Frieden nicht möglich ist. Somit ist die Einrichtung dieser Kommission eine unabdingbare Vorrausetzung für die Lösung der kurdischen Frage.



Nach dem Vorbild der südafrikanischen Truth and Reconcialition Commission (TRC) fordert die kurdische Seite im Zuge des Lösungsprozesses auch die Einberufung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission.

Den Lösungsprozess von hier aus unterstützen

Europa und Bundesrepublik könnten eine konstruktive Rolle spielen

Nach dem Ersten Weltkrieg übergingen auch die europäischen Regierungen bewusst die Interessen der KurdInnen bei der Staatenbildung im Mittleren Osten. Die kolonialistische Aufteilung der Region wurde insbesondere im Vertrag von Lausanne im Jahr 1923 festgelegt. So erfolgte die Aufteilung von Kurdistan auf vier Länder (Irak, Iran, Syrien und Türkei). Davon waren zu dieser Zeit ca. 30 Millionen KurdInnen (heute ca. 40 Millionen) betroffen, denen das Selbstbestimmungsrecht und kulturelle Rechte vorenthalten wurden. Viele Regierungen in Europa spielten seitdem neben den Regionalmächten ebenfalls eine große Rolle bei der Ausbeutung der Ressourcen und Assimilationsversuchen, Diskriminierung, Verleugnung und Unterdrückung bis hin zu den Massakern von Halepça (Giftgaseinsatz), Dersim (Ermordung und Vertreibung von Hunderttausenden), beim Scheich-Said-Aufstand und zuletzt in Roboski (Ermordung von 36 Zivilisten im Dezember 2011 durch die türkische Armee).

Internationale Gemeinschaft trägt Verantwortung

Auch die Vereinten Nationen (UN) erkennen die KurdInnen bis heute nicht als Bevölkerungsgruppe mit einem Selbstbestimmungsrecht an. Somit existiert keine Institution, die sich auf völkerrechtlicher Ebene für deren Interessen einsetzen und beispielsweise die Anerkennung und Aufklärung der genannten Massaker durchsetzen kann.

Seit dem Abschluss des Lausanner Vertrags von 1923 sind nun 90 Jahre vergangen. Die Widerstandsformen der kurdischen Bevölkerung gegen die Unterdrückung haben sich seitdem stetig weiterentwickelt und stark gewandelt. Seit 1993 versucht die kurdische Freiheitsbewegung, eine politische und friedliche Lösung der kurdischen Frage voranzutreiben. Bisher wurde dieser Versuch jedoch sowohl von den Regionalmächten als auch von den USA und Europa weitgehend ignoriert oder mit Gewalt und Kriminalisierung beantwortet.

Besonders in den 1990er Jahren führte die Türkei einen schmutzigen Krieg gegen die KurdInnen. Mehr als 4000 Dörfer wurden zerstört, 17000 Zivilisten von Todesschwadronen ermordet. Es wurden immer wieder Kriegsverbrechen bis hin zu Chemiewaffeneinsätzen begangen. Von mehr als 4,5 Millionen im Rahmen dieses schmutzigen Krieges vertriebenen KurdInnen flohen weit mehr als eine Million nach Europa. Die meisten von ihnen sind mittlerweile als politische Flüchtlinge anerkannt. Aber die Hintergründe und Ursachen ihrer Flucht und die Mitverantwortung der europäischen Staaten für diese Fluchtgründe wurden hier kaum hinterfragt oder aus diversen Gründen bewusst ignoriert.



Das türkische Militär setzt im Kampf gegen die KurdInnen auch Waffen aus Deutschland ein. Das Bild stammt vom 26. August 2005 und wurde in der Kreisstadt Qubîn (Beşiri) geschossen. Zu sehen ist links ein deutscher Panzer (Typ BTR-60). Mit dem rechten Fahrzeug werden drei Leichname von PKK-Kämpfern geschändet werden. Auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Mai 2006 erklärte die Bundesregierung, dass sie kein Wissen darüber verfüge, ob deutsche Waffen im Krieg gegen die KurdInnen eingesetzt werden. Für die vollständige Antwort der damaligen Bundesregierung suche „Drucksache 16/1765“ auf der Homepage des Bundestages (http://www.bundestag.de/).



EU und Bundesrepublik an Repression gegen KurdInnen beteiligt

Der meist seichten Kritik an gravierenden Menschenrechtsverletzungen folgte kein gezielter politischer Druck durch die EU-Regierungen auf die Türkei, die als NATO- Partner zuerst als Bollwerk gegen die Sowjetunion und ab den 1990er Jahren als regionale Energiedrehscheibe zur Absicherung eigener Ressourcen- oder Machtinteressen protegiert wurde.

Anstatt die Türkei wegen ihrer völkerrechtswidrigen Politik zur Rechenschaft zu ziehen, folgten auch in Europa Verbote und Kriminalisierung der kurdischen Parteien, Verbände, Organisationen und Vereine. So wurden Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt. Anstatt ihr völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Widerstand gegen lang anhaltendes Unrecht und Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen, wie es z.B. im Fall Südafrikas geschehen war, wurden die von Unrecht betroffenen KurdInnen als vermeintliche TäterInnen und Terroristen stigmatisiert.

Untätigkeit auch im Falle der KurdInnen in Syrien

Auch in Syrien hat es die Bundesregierung und die EU wieder einmal versäumt, sich an die Seite der Kräfte zu stellen, die sich für eine friedliche Konfliktlösung und den Aufbau demokratischer, multiethnischer Strukturen einsetzen: der Kurdische Hohe Rat und mit ihm die Partei der Demokratischen Einheit (PYD).

Seit einem Jahr wird die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass vom Nato-Partner Türkei terroristische Angriffe Al-Qaida-naher Gruppen auf die KurdInnen in Syrien unterstützt werden. Bis heute ignoriert sie dies, sie bestreitet sogar, dass es eine solche Unterstützung gibt. Auch humanitäre Hilfe wird den kurdischen Regionen nicht gewährt, obwohl sich dort eine humanitäre Katastrophe abzeichnet. Dass es zu der gegenwärtigen Gewalteskalation und den Kriegsverbrechen gegen die KurdInnen kommen konnte, liegt auch in der Untätigkeit der Bundesrepublik und der EU begründet.



Aufgrund des 1993 vom Bundesinnenministeriums erlassenen PKK Betätigungsverbots sind kurdische AktivistInnen auch in Deutschland von staatlichen Repressionen betroffen.

Welchen Ausweg aus dieser Situation gibt es heute?

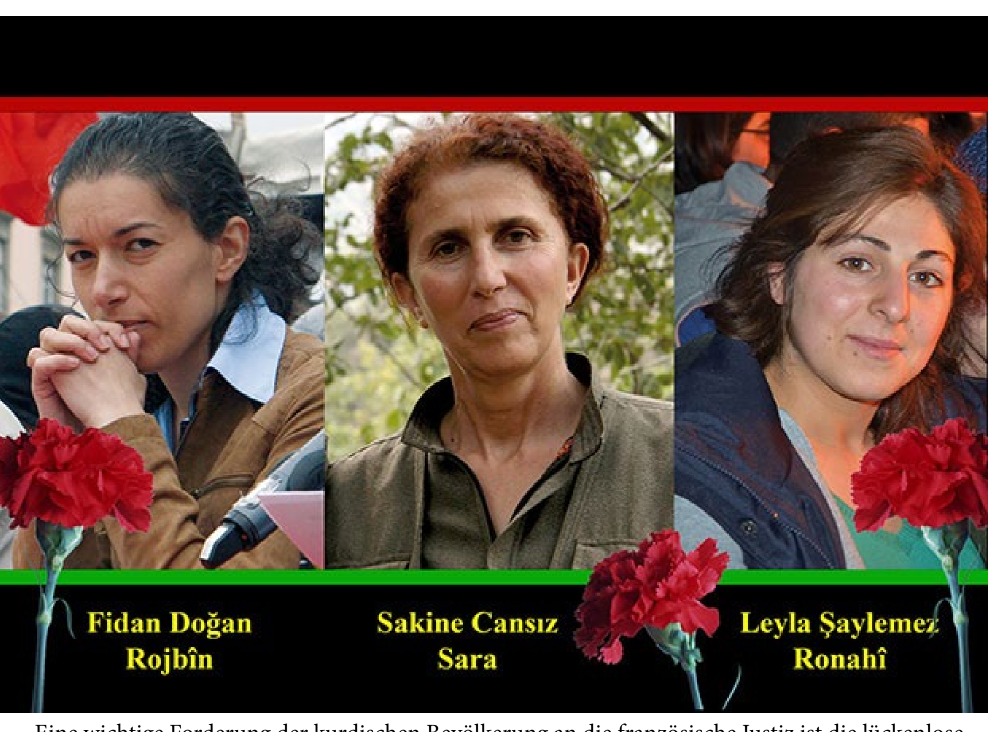
Sind eine neokoloniale Neuaufteilung der Region in „neue“ Staaten, erneute Kriege, neue Kämpfe mit immer mehr Opfern eine vernünftige Lösung und Perspektive?

Wir denken, dass ein anderer Lösungsansatz, eine neue Methode notwendig ist. Die demokratische, politische Lösung, die die kurdische Freiheitsbewegung anstrebt und vorantreibt, ist so angelegt, dass sie als Methode für alle Seiten, alle Bevölkerungs- und Religionsgruppen in der Türkei, Syrien, dem Iran und dem Irak akzeptabel sein kann, da sie sämtliche Interessen berücksichtigt. Problematisch ist dabei, dass z.B. die Herrschenden in der Türkei, die seit der Staatsgründung und dem Vertrag von Lausanne an ihrer Unterdrückungspolitik festhalten, bis heute viel zu wenig bereit sind, sich auf einen notwendigen Demokratisierungsprozess einzulassen. Aber derartige Demokratisierungsprozesse könnten für die gesamte Region von Vorteil sein, wie an der momentan relativ stabilen Lage in den kurdischen Provinzen Syriens zu sehen ist. Eine Lösung im Sinne aller Betroffenen ist letztendlich unumgänglich.

Um diesen notwendigen und möglichen Demokratisierungs- und Friedensprozess zu fördern, müssten die EU-Staaten die kurdischen ExilpolitikerInnen entkriminalisieren und die PKK von der EU-Terrorliste streichen. Dies wäre ein wichtiges Signal, das die türkische Regierung dazu bewegen könnte, die weitreichenden Schritte der kurdischen Bewegung im Friedensprozesses (Gewaltverzicht, einseitiger Waffenstillstand und Rückzug der Guerilla von türkischem Staatsgebiet, Aufarbeitung geschehenen Unrechts) positiv zu beantworten.

Verhandlungen, die vor dem Hintergrund eines friedlichen politischen Wegs anstelle von Ge-

walt geführt werden, könnten sicherlich zum Erfolg führen, wenn die annähernd 10000 Betroffenen der KCK-Verfahren und Abdullah Öcalan aus dem Gefängnis entlassen würden, die türkische Regierung die Rhetorik und Praxis der Gewalt beenden sowie die Terrorismuszuschreibung gegenüber den Aktivitäten der KurdInnen überwinden würde. Auch der Verzicht auf den Neubau von Militärposten und zerstörerischen Staudamm-Projekten in den Regionen, aus denen sich die PKK zurückgezogen hat, wäre ein wichtiger Schritt.



Eine wichtige Forderung der kurdischen Bevölkerung an die französische Justiz ist die lückenlose Aufklärung des Mordes an die drei in Paris ermordeten kurdischen Aktivistinnen vom 09. Januar 2013

In der Türkei sollte eine neue Verfassung diskutiert und etabliert werden, die die Grundlage für eine vollwertige Staatsbürgerschaft aller Bevölkerungs- und Religionsgruppen, für muttersprachlichen Unterricht und regionale Selbstverwaltung schafft.

EU und BRD sollten den Friedens- und Demokratisierungsprozess unterstützen

Hierfür gibt es viele Möglichkeiten. Es ist an der Zeit, die historische Verantwortung wahrzunehmen und die lange mitbeförderte negative Kontinuität der Unterdrückung zugunsten einer positiven Einflussnahme zu überwinden. Dazu gehört auch, die kurdischen MigrantInnen, ihre Kultur und ihr Wissen als Bereicherung der Gesellschaft in den europäischen Ländern wahrzunehmen. Worte und Erklärungen reichen nicht aus, es müssen konkrete Taten folgen.

Für eine positive Weiterentwicklung des Lösungsprozesses lauten die Erwartungen der kurdischen Seite an die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und der EU deshalb wie folgt:

- Auf die türkische Regierung muss politischer Druck ausgeübt werden, die Menschenrechte einzuhalten und die Demokratisierung des Landes zu ermöglichen, hierfür unerlässlich ist die verfassungsmäßige Garantie der legitimen Rechte der KurdInnen und aller anderen ethnischen sowie religiösen Minderheiten; die Freilassung der mehr als 11000 kurdischen politischen Gefangenen; die Aufarbeitung geschehen Unrechts im Rahmen von Wahrheitskommissionen

- Die Kriminalisierung der KurdInnen in Europa und der Bundesrepublik muss sofort beendet werden, um den Friedensprozess in der Türkei zu unterstützen: Nur durch die Anerkennung der kurdischen Akteure kann ein Dialog ermöglicht werden – das heißt u.a.: Aufhebung des PKK-Verbots, Abschaffung des § 129 b in der BRD, die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste und die Anerkennung der kurdischen Identität

Die Unterstützung der in der Türkei zwischen dem türkischen Staat und dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan verhandelten friedlichen demokratischen Lösung ist notwendig. Ihr Erfolg wird sich produktiv und modellhaft auf dem gesamten Mittleren Osten und auch auf Europa auswirken.

Impressum

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a.M.

E-Mail: info[at]civaka-azad.org
Telefon: 069/84772084
Mobil: 01573/8485818
http://civaka-azad.org/

Die meisten der verwendeten Bilder stammen aus dem Fotoarchiv der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“